



Kleine Anfrage

Oliver Stirböck (Freie Demokraten)

Einsatz von Produkten der Unternehmen Hikvision und Dahua in hessischen Behörden, insbesondere im Bereich der Videoüberwachung und KI-gestützten Videoanalyse

Vorbemerkung:

Internationale Medien- und Menschenrechtsberichte bringen die chinesischen Überwachungstechnologieunternehmen Hikvision und Dahua seit Jahren mit Menschenrechtsverletzungen an Uigurinnen und Uiguren in der chinesischen Region Xinjiang in Verbindung, unter anderem durch den Einsatz ihrer Technik in dortigen Überwachungs- und Internierungssystemen. In mehreren Staaten, darunter den USA, sind Produkte dieser Unternehmen wegen menschenrechtlicher und sicherheitspolitischer Bedenken sanktioniert, aus behördlichen Systemen entfernt oder in ihrer Nutzung stark eingeschränkt worden. Hessen setzt mit der Reform des Polizeirechts und dem Einsatz von KI-gestützter Videoanalyse in sogenannten Videoschutzanlagen – etwa im Frankfurter Bahnhofsviertel – verstärkt auf Videoüberwachungstechnologie, auch unter Einsatz von biometrischen Analyseverfahren. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen nach der Herkunft, den Herstellern und den sicherheits- wie menschenrechtlichen Implikationen der in hessischen Behörden und Einrichtungen eingesetzten Systeme.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Hessen werden derzeit Videoüberwachungs- oder Zutrittskontrollsysteme eingesetzt, bei denen Hardware oder Software der Unternehmen Hikvision oder Dahua verbaut ist? (Bitte nach Ressort, Art der Einrichtung und nach Standorten aufschlüsseln.)
2. Welche Hersteller von Kameras und Analysekomponenten kommen bei den in Frage 1 genannten Systemen jeweils zum Einsatz?
3. In welchen Projekten mit KI-gestützter Videoanalyse bzw. „Videoschutzanlagen“ nach § 14 HSOG werden derzeit in Hessen Systeme eingesetzt, die ganz oder teilweise auf Technik von Hikvision oder Dahua beruhen?
4. Welche Vorgaben macht die Landesregierung in Vergabeunterlagen und Rahmenverträgen zur Beschaffung von Videoüberwachungstechnik in Bezug auf menschenrechtliche Risiken (Lieferketten, Einsatz in Repressionskontexten), IT- und Cybersicherheitsanforderungen (z.B. Backdoors, Updatepolitik, Datenabflüsse an Dritte) und Herkunfts- und Herstellerländer?
5. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass die Unternehmen Hikvision und Dahua in den USA und anderen Staaten wegen menschenrechtlicher oder sicherheitspolitischer Bedenken auf Sanktions- oder Warnlisten geführt und teilweise aus behördlichen Netzen entfernt wurden?
6. Welche Folgerungen hat die Landesregierung daraus für eigene Beschaffungs- und IT-Sicherheitsstrategien gezogen?
7. Welche spezifischen IT-Sicherheitsprüfungen nimmt die Landesregierung vor, bevor Produkte ausländischer Überwachungstechnikhersteller in Netzen der Landesverwaltung oder in kritischer Infrastruktur des Landes eingesetzt werden?
8. Welche datenschutzrechtlichen Bewertungen oder Stellungnahmen des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit liegen zum Einsatz von KI-gestützter Videoanalyse in Hessen vor, insbesondere zu Projekten im Frankfurter Bahnhofsviertel?

9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den menschenrechtlichen Hintergrund der Unternehmen Hikvision und Dahua – insbesondere hinsichtlich ihres Einsatzes in Xinjiang und gegen die uigurische Bevölkerung – vor?

Wiesbaden, den 01.04.2026

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Oliver Stirböck', written in a cursive style.

Oliver Stirböck